

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des gemeinsamen Ausschusses für
Stadtplanung und Umwelt sowie Bau und Verkehr**

am 27.01.2016

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn WeißCDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Jürgen Appelt	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsherr Otto Bodenheimer	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsfrau Michaela Dötsch	CDU	
Ratsherr Jan Eggermann	SPD	
Ratsherr Fabian Ferber	SPD	
Ratsherr Dirk Franke	SPD	
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU	ab 17:13 Uhr
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsherr Steffen Kriegel	SPD	
Ratsfrau Sandra Manß	SPD	
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsherr Michael Meyer	CDU	
Ratsfrau Britta Rogalske	CDU	
Ratsherr Björn Schöttler	CDU	ab 17:05 Uhr
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsherr Philipp Siewert	SPD	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Verena Szermerski-Kasperek	SPD	Vertreterin für Ratsherrn Gordan Dudas
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper	DIE LINKE.	
Ratsfrau Barbara Tümsmeyer	SPD	
Ratsherr Jens Voß	SPD	
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	
Ratsherr Michael Wülfrath	FDP	
Herr Horst Eick	SPD	
Herr Dominik Hass	SPD	
Herr Daniel Kahler	CDU	
Herr Jochen Kliebisch	Bündnis 90	
/Die Grünen		
Herr Harald Metzger	SPD	

Herrn Richard Oettinghaus
Lüdenscheid
Herr Dominik Peterreit
Herr Ralf Tofote
Lüdenscheid

Alternative für
FDP bis 18.20 Uhr
Alternative für ab 17:06 Uhr

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Sandra Manß Internationale
Liste der SPD

Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf
Herr Sven Haarhaus
Herr Frank Kusmirtz
Herr Lothar Matzner
Herr Martin Walter
Herr Edgar Weinert
Herr Martin Aßmann
Herr Andreas Beckmann
Frau Kirsten Grunau
Herr Sebastian Jülich
Herr Holger Moeser
Frau Heike Müller
Herr Rüdiger Rohmann
Herr Ralf Ziomkowski

Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut-Voß

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Gordan Dudas MdL SPD

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Martin Kornau Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Zehra Kayis Ditib Lüden-
scheid

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:26 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

1.1. Anfrage einer Bürgerin zur Neueinrichtung eines absoluten Halteverbotes auf der unteren Parkstraße

Vorsitzender Holzrichter teilt mit, dass seitens einer Bürgerin eine Frage bestehe und bittet sie um Vortrag.

Die Bürgerin führt aus, dass sie seit mehr als 23 Jahren in Familientradition das Frisörgeschäft in der unteren Parkstraße führe. Nach den betrieblichen Beeinträchtigungen durch die im letzten Jahr noch vorhandene Großbaustelle in Brügge rechne sie nun erneut mit großen Beeinträchtigungen und auch Einbußen, da vor ca. 6 Wochen vor ihrem Ladenlokal ein absolutes Park- und Halteverbot eingerichtet worden sei. Sie habe seitens der Verwaltung bisher die Aussage erhalten, dass es sich hierbei um eine vorschriftsmäßige Verkehrssicherheitsmaßnahme handele, die nur in dieser Form den Fußgängerverkehr im Zusammenhang mit dem Jugendtreff sichern könne. Sie führt weiter aus, dass diese Maßnahme derzeit nach ihrer Beobachtung dazu führe, dass der Fahrzeugverkehr diesen Bereich eher noch schneller passiere. Insbesondere deshalb halte sie es für dringend erforderlich, diese Situation zu ändern. Sie fragt an, ob ggf. durch das Abtragen der Böschung um ca. 1 m in diesem Bereich in Verbindung mit der Beschilderung „Schule/Kindergarten“ auf das absolute Park- und Halteverbot verzichtet werden könne.

Vorsitzender Holzrichter teilt mit, dass der für Verkehrsangelegenheiten zuständige Ingenieur heute nicht an der Sitzung teilnehme, so dass keine sofortige Beantwortung erfolgen könne. Er sagt ihr aber zu, dass kurzfristig seitens der Verwaltung Kontakt mit ihr zwecks Vereinbarung eines Ortstermins und Lösungsfindung aufgenommen werde. Er bittet sie, falls eine Lösungsfindung nicht oder nicht zu ihrer Zufriedenheit erfolge, noch einmal in der am 17. Februar 2016 stattfindenden Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vorzusprechen.

2. Mündlicher Abschlussbericht zu den durch die STEG betreuten Maßnahmen im Rahmen der Regionale 2013/Denkfabrik

Vorsitzender Holzrichter begrüßt die Herren Hoeing und Vorwerk von der Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft NRW mbH (steg) und bittet um Vortrag.

Herr Hoeing bedankt sich für die Möglichkeit, die Ergebnisse der durch die STEG betreuten Maßnahmen im Rahmen der Regionale 2013/Denkfabrik persönlich zu erläutern. Einleitend führt er aus, dass das Stadtumbaubüro in der Knapper Straße im Juni 2012 eröffnet worden sei. Die einzelnen Maßnahmen umfassten ein Fassaden- und Hofflächenprogramm, ein Geschäftsstraßenmanagement mit dem Ergebnis der Organisationsentwicklung des Vereins „Knapp e.V.“, die Immobilienbörse Knapper Straße sowie den Verfügungsfonds mit der Gestaltung des „Tunnels des Lichts“ im Jahr 2013 und der Sanierung des Bolzplatzes des CVJM in der Mathildenstraße im Jahr 2015. Anhand einer PowerPoint-Präsentation erläutern Herr Hoeing und Herr Vorwerk detailliert auch anhand von Fallzahlen die einzelnen Projekte. Sie ziehen eine positive Bilanz der Ergebnisse sowohl der einzelnen Maßnahmen als auch des Gesamtprojektes Regionale 2013/Denkfabrik. Kurz- und mittelfristig seien jedoch noch einige Aufgaben zu erfüllen. Zunächst müssten die baulichen Maßnahmen abgeschlossen werden. Mittel- bis langfristig sollten weitere Impulse für die Weiterentwicklung eines urbanen Flairs insbesondere bezogen auf Kunst, Licht, Kultur und Gastronomie gesetzt werden. Ein schriftlicher Abschlussbericht befinde sich derzeit in Arbeit und werde in Kürze zur Verfügung stehen.

Abschließend bedanken sich die Herren Hoeing und Vorwerk bei allen beteiligten Akteuren für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die geleistete Arbeit und wünscht den Herren Hoeing und Vorwerk alles Gute für die Zukunft.

Ratsherr Voß führt aus, dass die Errichtung des Landschaftsbalkons in der Mathildenstraße im Laufe des Projekts gestrichen worden sei. Stattdessen solle eine „Aufweitung/Bucht“ ausgebildet werden, die als Aussichtspunkt diene. Bisher fehle diese „Aufweitung/Bucht“, es seien jedoch in diesem Bereich Bauzäune auch hinter der dort vorhandenen Leitplanke aufgestellt. Er fragt an, ob die „Aufweitung/Bucht“ noch hergestellt und wie mit den Bauzäunen verfahren werde.

Herr Jülich antwortet, dass die Bauzäune aus Sicherheitsgründen dort aufgestellt seien. Der Fußweg sei dort noch nicht fertiggestellt und die vorhandene Leitplanke sei zu niedrig, um als Sicherung dienen zu können. Auf jeden Fall würden die Bauzäune nach Fertigstellung der „Aufweitung/Bucht“ entfernt. Herr Bärwolf ergänzt, dass die Planungen für die Auskragung derzeit liefen und seitens der Verwaltung eine zeitnahe Umsetzung und Fertigstellung verfolgt werde.

Ratsherr Voß bedankt sich für die Erläuterung.

3. Haushalt 2016 inklusive Änderungsliste

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, die Beratung der Haushaltspositionen in der Reihenfolge der seitens der Verwaltung vorgelegten Änderungslisten vorzunehmen. Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise einstimmig zu.

Vorsitzender Holzrichter stellt zunächst die Übersicht der Produkte des Fachbereichs Planen und Bauen (FB 4) zur Diskussion. Vortrag seitens der Verwaltung wird nicht gewünscht. Fragen und Anmerkungen werden nicht vorgetragen. Ergänzend weist Vorsitzender Holzrichter darauf hin, dass für sämtliche Einnahme- und Ausgabepositionen zum Thema „Flüchtlinge“ ein eigenes Produkt gebildet worden sei. Hier seien die einzelnen Positionen aus den Produkten der verschiedenen Fachbereiche und Fachdienste zusammengefasst worden. Die Haushaltsansätze seien in den Produkten der Fachbereiche und Fachdienste entsprechend reduziert worden, um eine möglichst hohe Transparenz herzustellen. Das neu gebildete Produkt liege in der Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales und Demografie. Somit hätten die Ausschussmitglieder diese Übersicht lediglich nachrichtlich erhalten.

Weiter stellt Vorsitzender Holzrichter die Übersicht der Produkte der Zentralen GebäudeWirtschaft (ZGW), des Fachdienstes Feuer- und Rettungswache (FD 37) und des Fachdienstes Wirtschaftsförderung, Projektsteuerung und Liegenschaften (FD 80) zur Diskussion. Vortrag seitens der Verwaltung wird nicht gewünscht.

Ratsherr Fröhling fragt nach, was sich hinter dem Ansatz „Grundstücksmanagement“ verberge und was unter „Bodenvorratsgelände“ zu verstehen sei. Herr Weinert erläutert, dass es sich hierbei um eine Reduzierung des Ansatzes handele, weil Grundstücksflächen wegen fehlender Eignung nicht erworben werden sollen. Bodenvorratsgelände liege beispielsweise im Bereich der Wiese an der Höh vor. Sollte hier der Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt der Aufstellung des Bebauungsplanes nicht zustimmen, würde sich der Ansatz weiter reduzieren. Auf Nachfrage von Vorsitzendem Holzrichter bestätigt Herr Weinert, dass diese Anpassung dann automatisch erfolge.

Ratsherr Fröhling fragt weiter, wieso die Stadt Lüdenscheid die Hälfte der Kosten eines Gutachtens für die zukünftige Erhaltung des Brauhauses trage. Herr Bärwolf erläutert, dass es sich hierbei um ein Gutachten zur Zukunftsfähigkeit des Brauhauses handele. In einer der letzten Sitzungen des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sei hierüber beraten und sowohl die Erstellung eines Gutachtens als auch die Übernahme der Hälfte der Kosten durch die Stadt beschlossen worden. Insbesondere aufgrund des dort vorhandenen Erbbaurechts sei die Kostenübernahmezusage erfolgt. Die inhaltliche Vorstellung des Gutachtens erfolge in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt. Herr Bärwolf sagt eine entsprechende Erläuterung in der Ratssitzung am 01. Februar 2016 zu.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Wülfrath erläutert Herr Matzner, dass die Erhöhung des Haushaltsansatzes für die Parkgebühren um 100.000,00 € erfolgt sei, weil in den letzten Jahren die veranschlagten 800.000,00 € mehrfach überschritten worden seien. Aufgrund vertraglicher Verpflichtung handele es sich bei den Einnahmen um in voller Höhe an die WKL weiterzuleitende Mittel. Durch die Erhöhung des Ansatzes könne auf eine entsprechende Beantragung überplanmäßiger Mittel verzichtet werden. Da gleichzeitig auch der Ansatz der Ausgabeposition um 100.000,00 € erhöht werde, werde der städtische Haushalt nicht belastet. Es handele sich lediglich um eine Verringerung des arbeitstechnischen Aufwandes.

Da keine weiteren Rückfragen bestehen, lässt Vorsitzender Holzrichter getrennt nach den beiden Ausschüssen über die Haushaltspositionen als Gesamtpaket abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie die des Bau- und Verkehrsausschusses empfehlen dem Rat der Stadt Lüdenscheid bei jeweils einer Enthaltung mit Stimmenmehrheit die Beschlussfassung des Haushalts 2016.

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	1

Abstimmungsergebnis des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	1

4. Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Kostenersatz für den Einsatz der Feuerwehr Vorlage: 003/2016

Ohne Diskussion empfehlen die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie die des Bau- und Verkehrsausschusses dem Rat der Stadt Lüdenscheid jeweils einstimmig folgenden

Beschluss:

Die „Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Kostenersatz für den Einsatz der Feuerwehr“ wird in der als Anlage beigefügten Form erlassen.

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

Abstimmungsergebnis des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

**5. Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Festsetzung des Regelstundensatzes und des Höchstbetrages für Ersatz von Verdienstausfall der beruflich selbständigen Angehörigen der Feuerwehr
Vorlage: 005/2016**

Ohne Diskussion empfehlen die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie die des Bau- und Verkehrsausschusses dem Rat der Stadt Lüdenscheid jeweils einstimmig folgenden

Beschluss:

Die „Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Festsetzung des Regelstundensatzes und des Höchstbetrages für Ersatz von Verdienstausfall der beruflich selbständigen Angehörigen der Feuerwehr“ wird in der als Anlage beigefügten Form erlassen.

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

Abstimmungsergebnis des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

6. Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau und Entgeltordnung für sonstige brandschutztechnische Leistungen Vorlage: 007/2016

Ohne Diskussion empfehlen die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie die des Bau- und Verkehrsausschusses dem Rat der Stadt Lüdenscheid jeweils einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau und Entgeltordnung für sonstige brandschutztechnische Leistungen wird in der als Anlage beigefügten Form erlassen.

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

Abstimmungsergebnis des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen: 19
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./.

7. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

Entfällt

8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

8.1. Bekanntgaben

8.1.1. Vorstellung der neuen Mitarbeiterinnen im Fachbereich Planen und Bauen

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Bärwolf um eine kurze Erläuterung.

Herr Bärwolf führt aus, dass der zum 02. Januar 2016 eingestellte Verkehrsplaner leider bereits die Stadt Lüdenscheid wieder verlassen habe. Er habe aufgrund eines besseren Angebotes seinen Beschäftigungsvertrag gekündigt. Er bittet Frau Kunkel, Frau Krawczak und Frau Heß, sich kurz persönlich vorzustellen.

Frau Sara Kunkel stellt sich als neue Klimaschutzmanagerin vor. Sie führt kurz ihren persönlichen Werdegang aus. Sie ergänzt, dass sie ihre Hauptaufgabe während ihrer zweijährigen Beschäftigungszeit bei der Stadt Lüdenscheid darin sehe, insbesondere das Klimaschutzkonzept weiter umzusetzen.

Frau Susanne Krawczak führt aus, dass sie als Landschaftsarchitektin sowohl für das Projekt „Integriertes Handlungskonzept Altstadt (IHK Altstadt)“ als auch für Spielplatzplanungen ebenfalls zeitlich befristet eingesetzt sei. Sie erläutert ebenfalls kurz ihren persönlichen Werdegang.

Frau Meike Heß erläutert ebenfalls kurz ihren persönlichen Werdegang. Sie teilt mit, dass sie zeitlich befristet für das Projekt „Integriertes Handlungskonzept Altstadt (IHK Altstadt)“ Anfang Januar 2016 eingestellt worden sei.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei den Damen für ihre persönliche Vorstellung und wünscht ihnen in ihren Aufgabenbereichen viel Erfolg und gutes Gelingen.

8.1.2. Aktualisierung des Baulückenkatasters der Stadt Lüdenscheid; hier: Weitere Vorgehensweise

Herr Bärwolf führt aus, dass auch aufgrund der Flüchtlingsthematik dringend Wohnbauflächen benötigt würden. Im Fachdienst 62 sei eine Praktikantin bereits mit der Aufbereitung des Liegenschaftskatasters des Fachdienstes Wirtschaftsförderung und Liegenschaften beauftragt. Es sei nun gelungen, diese Mitarbeiterin zur Aufarbeitung des Baulückenkatasters mit einem sechsmonatigen Zeitvertrag zu gewinnen. Er betont, dass es nicht wirtschaftlich sei, ein Leestandskataster separat aufzustellen. Die hier betroffenen Bereiche würden bei der Verfassung des Handlungskonzepts Wohnen, das durch ein externes Büro erstellt werde, behandelt. Mit dem Büro sei vereinbart, dass sowohl mit den Lüdenscheider Wohnungsgesellschaften als auch mit der Politik Gespräche geführt würden. Auf Nachfrage von Ratsherrn Thomas-Lienkämper ergänzt Herr Bärwolf, dass die weitere Pflege des Baulückenkatasters zunächst mit vorhandenem Personal versucht werden solle.

Die Anwesenden begrüßen die geplante Vorgehensweise.

8.1.3. Vorstellung und Erläuterung des vorläufig abschließenden Prüfberichts der Bezirksregierung Arnsberg zur Fördermaßnahme Phänomen- ta/Technikzentrum

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Matzner um Vortrag.

Herr Matzner führt aus, dass für das Regionale 2013/Denkfabrik - Projekt „Phänomen-
ta/Technikzentrum“ Fördergelder in Höhe von insgesamt 13,7 Millionen Euro bewilligt wor-
den seien. Verbraucht wurden im Projekt lediglich 12,7 Millionen Euro. In dem derzeit vorläu-
fig abschließenden Prüfbericht der Bezirksregierung Arnsberg seien bisher 220.000,00 Euro
als nicht förderfähige Kosten ausgewiesen. Dieses entspreche ca.1,8 % der Gesamtkosten.
Er merkt an, dass bei Förderprojekten durchschnittlich 2 % bis 5 % der eingereichten Kosten
von den Fördergebern als nicht förderfähig abgelehnt würden. Darüber hinaus handele es
sich hier lediglich um den vorläufig abschließenden Prüfbericht, da der Schlussverwen-
dungsnachweis noch ausstehe. Seitens der Verwaltung würden von den als nicht förderfähig
abgelehnten 220.000,00 Euro insgesamt noch etwa 157.000,00 Euro als förderfähig ange-
sehen. Für diese Summe seien Belege und Nachweise nachgefordert worden, die seitens
der Verwaltung entsprechend beigefügt worden seien. Beispielsweise seien Entsorgung-
nachweise für eine Summe von ca. 70.000,00 Euro nachgefordert worden, die bereits mit
den Originalrechnungen vorgelegt worden seien. Die Verwaltung werde im Schlussverwen-
dungsnachweis entsprechende Hinweise geben. Es werde derzeit davon ausgegangen, dass
sich der prozentuale Anteil nicht förderfähigen Kosten im Schlussverwendungsnachweis zu-
mindest nicht verschlechtern werde.

Vorsitzender Holzrichter hebt den großen Erfolg von unter 2 % als nicht förderfähig aner-
kannter Kosten an den Gesamtkosten hervor. Dafür gebühre der Verwaltung ein großes Lob
und Dank für die hervorragende Arbeit.

8.1.4. Erkrankung der Kastanien an der Hotopstraße und Ankündigung einer ent- sprechenden Informationsveranstaltung für die Öffentlichkeit

Herr Badziura führt aus, dass sowohl die Hotopstraße als auch die Kaiserallee durch den
dort vorhandenen Rosskastanienbestand geprägt seien. Ein großer Teil der Bäume sei zwi-
schenzeitlich von einem aggressiven Bakterium befallen. Aus Verkehrssicherungsgründen
müssten dort 25 der 36 Bäume kurzfristig gefällt werden. Nach Untersuchungen des Stadt-
reinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid (STL) seien von den ca. 254 Kasta-
nien im Stadtgebiet bereits 159 Kastanien befallen. Er teilt mit, dass der Bakterienbefall der
Kastanien mit dem Ulmensterben vergleichbar sei. Die Fällung der 25 Kastanien inklusive
der Neupflanzungen heimischer Bäume würde Kosten in Höhe von ca. 80.000,00 Euro bis
90.000,00 Euro verursachen. Die Neupflanzungen würden ähnlich denen an der Parkstraße
vorgenommen. Um die entstehenden Kosten tragen zu können, würden die Pflanzmaß-
nahmen an der Parkstraße zurückgefahren und die dort eingesparten Kosten dann für die Bäu-
me in der Hotopstraße und der Kaiserallee verwendet. Er betont, dass die Öffentlichkeit über
die notwendigen Baumfäll- und Neupflanzmaßnahmen in geeigneter Form informiert werde.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Fröhling ergänzt Herr Badziura, dass das Bakterium überall vorhanden sei. Stadtbäume seien mit besonderen Stressfaktoren behaftet, die sie anfälliger machten. Kastanien hätten hier nicht ihren natürlichen Lebensraum, so dass sie auch deshalb anfälliger seien. Heimische Bäume wie beispielsweise Buchen seien eher resistent. Das Ulmensterben sei seinerzeit erst sehr spät in Lüdenscheid aufgetreten und heute seien nur noch einige wenige Ulmen im Stadtgebiet zu finden. Das Kastaniensterben sei in einem viel früheren Stadium und es werde versucht, die befallenen Bäume so lange wie möglich zu erhalten.

Die Ausschussmitglieder nehmen Kenntnis.

8.2. Beantwortung von Anfragen

Entfällt

8.3. Anfragen

Entfällt

gez. Björn Weiß

Vorsitzender des Ausschusses für
Stadtplanung und Umwelt

gez. Jens Holzrichter

Vorsitzender des Bau- und
Verkehrsausschusses

gez. Stoltefaut-Voß

Schritfführerin